



klimaentscheid-duisburg.de
AG ÖPNV im Klimaentscheid

Duisburg, 21.12.2023

An die Duisburger Bundestagsabgeordneten
Mahmut Özdemir, Felix Banaszak, Lamy Kaddor, Bärbel Bas, Christian Leye

An die Duisburger Landtagsabgeordneten
Frank Börner, Benedikt Falszewski, Sarah Philipp, Jule Wenzel

Sehr geehrte Damen und Herrn Abgeordnete,

ein erfolgreicher Nahverkehr vor Ort und in der Region bedarf der Unterstützung durch Bund und Land, also Ihrer Unterstützung, da die Kosten für die Kommunen, gerade im Ruhrgebiet und in Duisburg, kaum zu stemmen sind.

Wir sind eine Gruppe von passionierten Nutzer*innen des ÖPNV und glauben, dass das Deutschlandticket dem darbedenden ÖPNV wieder einen großen Schub gegeben hat.

Wenn der ÖPNV auch weit weg ist von einem „bombastischen Erfolg“, so hat Bundesverkehrsminister Wissing jedenfalls Recht damit: Ohne das Deutschlandticket wird es wieder sehr schwer sein, die Menschen für den Nahverkehr zu begeistern, die seit Jahren ja erleben, wie nur der Autoverkehr zunimmt, weil die Alternative Nahverkehr zu unzuverlässig und zu schlecht ist.

Umso unverständlicher, dass sich in den laufenden Verhandlungen zur Haushaltsklärung auf Bundes- und Länderebene keine tragfähige Mehrheit für eine dauerhafte Finanzierungszusage durch Bund und Länder abzeichnet.

Der Nahverkehr hat auf Bundes- und Länderebene eine Schlüsselrolle, um im Klimaschutz die viel zu hohen Emissionen im Verkehrssektor zu senken. Statt nun für vergleichsweise wenig Geld mit dem Deutschlandticket sehr viel CO₂ im Verkehr zu mindern, droht das Deutschlandticket zu scheitern.

Dabei hätten es Bund und Länder in der Hand, mit nur einem Bruchteil der 110 Milliarden Euro für 144 Autobahnbeschleunigungsprojekte, einen stabilen, auf Jahre gesicherten Nahverkehr auf kommunaler Ebene, landesweit und bundesweit verlässlich zu finanzieren. Gerade im Ruhrgebiet zeichnet sich in vielen Städten ab, wie Herne/Gladbeck, Oberhausen, Mülheim/Ruhr und Duisburg, dass die Pläne der Autobahn GmbH den verschiedenen Anforderungen im Ballungsgebiet nicht gerecht werden. Da liegt viel Sparpotential, das man für den ÖPNV nutzen kann.

Ebenso findet sich im Haushalt 2024 des Bundes Sparpotential bei den umweltschädlichen Subventionen, an erster Stelle wäre da das Flugbenzin zu nennen. Bedauerlicherweise hat man jetzt womöglich diese Chance verstreichen lassen. Es würde sich aber lohnen, die dafür aufgewandten Mittel in das Deutschlandticket zu stecken, das für das Ruhrgebiet, wie für alle Ballungszentren, eine sehr wichtige soziale Maßnahme darstellt. Gerade Berufstätigen und Schüler*innen, ebenso wie älteren Menschen wird so die nötige Mobilität für eine Teilhabe an Bildung und Arbeit ermöglicht.

Wir bitten Sie zu prüfen, welche umweltschädlichen Subventionen, die zudem oft die soziale Ungleichheit zementieren, für die Finanzierung des Deutschlandtickets genutzt werden können.

In Duisburg schneidet der Nahverkehr im kommunalen Quervergleich besonders schlecht ab, weil Abdeckung und Takt unzureichend sind. Die Zahl der Verspätungen und insbesondere Ausfälle bedeutet, dass die Nutzer*innen nicht mehr mit dem ÖPNV planen können. Schulkinder und Arbeitnehmer*innen kommen ständig zu spät. Die wenigen Züge und Busse sind so überfüllt, dass gar nicht mehr alle mitgenommen werden können.

Ein „weiter so“ geht also nicht.

Deshalb muss die Verkehrswende im Mobilitätsverhalten zugunsten des ÖPNV erreicht werden. Dies erreicht man aber nur, wenn das Versprechen, sicher, angenehm, und pünktlich auch mit dem ÖPNV zum Ziel zu kommen, gehalten werden kann.

Durch das Deutschlandticket ergeben sich historische Chancen für einen echten Mobilitätswandel. Allein im VRR nutzen inzwischen rund 1,2 Millionen Abonnent*innen das neue Angebot – Tendenz steigend. Wie der VRR sagt: Diese Chancen und die Aufbruchstimmung müssen wir mit vereinten Kräften nutzen und gemeinsam einen ÖPNV gestalten, der diesem Wandel auch zukünftig gerecht wird.

Bei den Kommunalwahlen in NRW 2025 wird das Thema ÖPNV eine große Rolle spielen, denn die Unzufriedenheit gerade in Duisburg übersteigt alles bisher Dagewesene. Sie haben es heute in der Hand, dafür zu sorgen, dass jedenfalls der Aspekt Preisgestaltung und Nutzerfreundlichkeit durch das Deutschlandticket zu einem Plus in der Bilanz wird.

Wir fordern Sie auf, in den laufenden Auseinandersetzungen für das Deutschlandticket zu kämpfen, damit es nicht den Einsparungen im Haushalt zum Opfer fällt.

Wir fordern Sie auf, dass die einseitige Finanzierungszusage für die Autobahnen zugunsten des Nahverkehrs korrigiert wird.

Wir fordern Sie auf, für eine sozial gerechte und zukunftsgerichtete klimafreundliche Mobilität das Deutschlandticket mit 49 Euro für die nächsten Jahre finanziell abzusichern.

Wenn Sie jetzt nicht noch während der Haushaltsberatungen für das Deutschlandticket kämpfen, befürchten wir, dass es dann für die nächsten Jahre scheitert.

In Erwartung einer Rückmeldung bis Ende Januar verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Dr. Gabriele Siegert für den Klimaentscheid und die AG ÖPNV